

Verhandlungsschrift Nr. 31

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz am Donnerstag, 19. September 2002, im Sitzungssaal der Gemeinde.

Beginn: 20:00 Uhr

Anwesend sind folgende Mitglieder des Gemeinderates:

<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>	<u>FPÖ</u>
Ing. Josef Dopler	Erich Pilsner	Franz Gessl
Alfred Männer	Josef Scharinger	Manfred Starzinger
Alois Prehofer	Anna Binder EM	Sieglinde Perfahl
Franz Baumgartner	Friedrich Schultes EM	
Josef Hummer	Herbert Hermüller	
Albert Winkler	Sabine Rathmayr	
Werner Hellmayr	Robert Binder	
Ernestine Finzinger		
Franz Winkler		
Johann Neuwirth		
Hubert Greinöcker		
Mag. Gudrun Achleitner-Kastner		
Ing. Gerhard Angster		
Josef Feischl		

Entschuldigt ferngeblieben:

Dr. Michaela Petz, SPÖ; August Huemer, SPÖ; Norbert Leopoldsberger, SPÖ; Gabriele Kirchmayr, SPÖ; Brigitte Aichinger, SPÖ; Marianne Meixner, FPÖ

Nach § 66 (2) der Oö. Gemeindeordnung 1990 ist der Amtsleiter Josef Baumgartner anwesend. Er ist zugleich Schriftführer.

Bürgermeister Ing. Josef Dopler begrüßt die erschienenen Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen und kundgemacht wurde, die Verständigung hiezu an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist und dass der Gemeinderat beschlussfähig ist, da mehr als die Hälfte aller Mitglieder erschienen sind. Weiters verweist er darauf, dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung des Gemeinderates zur Einsicht aufliegt und dagegen noch bis zum Ende der Sitzung Einwendungen eingebracht werden können.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, noch in der heutigen Sitzung folgende Angelegenheiten zu behandeln:

- Ankauf eines Wartehäuschens für die Bushaltestelle beim Parkplatz Kindergarten/Volksschule
Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.
- Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 „Kaltenböck“
Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Der Herr Bürgermeister teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 5. abgesetzt wird.

Sodann wird folgende Tagesordnung abgewickelt:

1. Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Eferding vom 9. Juli 2002

Bürgermeister Ing. Dopler ersucht die Obfrau des Prüfungsausschusses den Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Eferding vom 9. Juli 2002 zur Kenntnis zu bringen.

Frau Sieglinde Perfahl liest den Prüfbericht vor.

Der Prüfbericht wird zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister Ing. Dopler dankt der Obfrau für das Vortragen des Prüfberichtes.

2. Kanalbau BA 10: Einbau zugfester Gussrohre im rutschgefährdeten Bereich

Bürgermeister Ing. Dopler erläutert anhand einer Overheadfolie den rutschgefährdeten Bereich der Kanaltrasse in Polsenz. Er berichtet, dass in diesem Bereich der Einbau zugfester Gussrohre zweckmäßig ist und teilt den Inhalt des Nachtragsanbotes der Fa. Held & Francke mit.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, im rutschgefährdeten Bereich der Trasse des Ableitungskanals Polsenz den Einbau zugfester Gussrohre bei der Fa. Held & Francke in Auftrag zu geben.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

3. Kanalbau BA 10: Sondernutzung der Polsenzer Straße Verlegung von Kanal- und Rohrleitungen – Vertrag

Bürgermeister Ing. Dopler bringt den Vertrag zwischen der Landesstraßenverwaltung und der Gemeinde St. Marienkirchen betreffend die Sondernutzung der Polsenzer Straße durch Errichtung und Bestand des Ableitungskanals Polsenz (Kanalbau BA 10) vollinhaltlich zur Kenntnis und beantragt, diesen zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

4. Regionales Raumordnungsprogramm Eferding

Bürgermeister Ing. Dopler ersucht Herrn Männer als zuständigen Ausschussobmann um Berichterstattung.

Herr Männer verweist auf die Präsentation des Entwurfes des Regionalen Raumordnungsprogrammes, welcher nunmehr auch als Verordnungsentwurf vorliegt. Dieser wurde in der Ausschusssitzung beraten und jeder Fraktion zur Verfügung gestellt. Bei genauerer Prüfung des Entwurfes ist aufgefallen, dass die Verordnung im Bereich der örtlichen Raumordnung erhebliche Eingriffe in die Gemeindeautonomie enthält, welche für die Weiterentwicklung der Gemeinde z.B. als Wirtschaftsstandort sehr behindernd sein können.

Obmann Männer beantragt, folgende Stellungnahme zum Entwurf des „Regionalen Raumordnungsprogramm Eferding“ abzugeben:

„Mit Schreiben des Amtes der oö. Landesregierung, Baurechtsabteilung, vom 9. Juli 2002, BauR-P-061043/1-Gm/Mö, wurde die Gemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz aufgefordert, bis spätestens 30. Oktober 2002 zur beabsichtigten Erlassung der Verordnung der oö. Landesregierung betreffend das regionale Raumordnungsprogramm für die Region Eferding Stellung zu nehmen.

Der Ausschuss für Raumplanung und Ortsentwicklung sowie Gebühren und Finanzen hat in seiner Sitzung am 22. Juli 2002 den zur Begutachtung ausgesandten Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogrammes ausführlich besprochen und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

Grundsätzlich ist zu bemerken, dass der Verordnungsentwurf einen schwerwiegenden Eingriff in die planerische Gestaltungsfreiheit der Gemeinde darstellt. Dass diese raumordnerische Maßnahme durchaus Konsequenzen hat, ergibt sich aus § 12 Abs. 1 und Abs. 2 des Entwurfes. Diesen Bestimmungen zufolge hat das Land Oberösterreich die in dieser Verordnung festgelegten

Ziele zu berücksichtigen und durch geeignete Maßnahmen auf deren Erreichung hinzuwirken (Abs. 1); d.h. Verwaltungsakte des Landes Oberösterreich sind in Einklang mit dieser Verordnung zu stellen. Weiters haben die Gemeinden die Zielsetzungen der Verordnung zu berücksichtigen (Abs. 2); d.h. Flächenwidmungs- und Bebauungspläne der Gemeinde dürfen der Verordnung nicht widersprechen.

Der Verordnungsentwurf kann daher aus folgenden Gründen nicht zustimmend zur Kenntnis genommen werden:

1. Der Verordnungsentwurf ordnet in § 6 Abs. 2 und 3 an, dass sich die Entwicklung zukünftiger regional bedeutender Gewerbe- und Industriestandorte auf den in Anlage 1 festgelegten regionalen Entwicklungsstandort Industrie/Gewerbe zu konzentrieren hat. Diese Bestimmung birgt die Gefahr in sich, dass die Ansiedlung von Gewerbebetrieben in Gemeinden außerhalb des regionalen Entwicklungsstandortes Industrie/Gewerbe künftig nur erschwert oder im Extremfall nicht mehr möglich sein wird.
Da dieser Eingriff einen bedeutsamen finanziellen Nachteil für einzelne Gemeinden darstellen kann, muss zumindest ein Wertausgleich vorgesehen werden.
2. Die dem Verordnungsentwurf in Anlage 1 und 2 angeschlossenen Pläne stehen im Einklang mit dem geltenden Flächenwidmungsplan der Gemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz. Auf die Verkehrsverbindungen wurde allerdings nur unzureichend eingegangen.
Es muss auch ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass der Verordnungsentwurf ausschließlich bereits gewidmete Flächen berücksichtigt. Die Erwartungs- und Entwicklungsgebiete, wie sie im örtlichen Entwicklungskonzept – das für die Dauer von 10 Jahren Gültigkeit besitzt – festgelegt wurden, sind gänzlich unberücksichtigt geblieben.
Diese Gebiete sollten in Anlage 1 und Anlage 2 des Entwurfes aufgenommen und sichergestellt werden, dass die nachhaltigen Entwicklungsmöglichkeiten auch nach Erlassung der Verordnung nicht beeinträchtigt werden.
3. § 7 Abs. 4 des Entwurfes legt fest, dass landschaftsgliedernde Gewässerachsen mit regionaler Bedeutung sowie ein Uferstreifen von zumindest 5 m Breite ab Böschungskante (bei sonstigen Fließgewässern mindestens 2m) u.a so gesichert und entwickelt werden sollen, dass die Gewässer selbst und die bestehenden gewässernahen ökologischen Wertstrukturen (z.B. Ufergehölze, Röhricht, Feuchtplächen) hinsichtlich ihres Bestandes und ihrer ökologischen Wertigkeit erhalten werden.
Diese Maßnahme kann durchaus geeignet sein, die Nutzung der betroffenen Grundstücke deutlich einzuschränken.
4. Zu § 9 Abs. 4 (Maßnahmen der Siedlungsentwicklung im Hinblick auf Hochwassergebiete) ist zu bemerken, dass neben den Gewässern Aschach, Innbach, Donau und Sandbach, aufgrund des vermehrten Auftretens von Hochwasser in den letzten Jahren auch der Hochwasserabflussbereich der Polsenz in die Verordnung mitaufgenommen werden sollte.
5. Abschließend wird noch darauf hingewiesen, dass in der Präambel des Verordnungsentwurfes nicht die letzten Fassungen des Oö. ROG 1994, nämlich „LGBl. Nr. 60/2000 und LGBl. Nr. 90/2001“ zitiert wurden.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass der Verordnungsentwurf zu sehr in die Gestaltungsfreiheit der Gemeinden eingreift. Die Verantwortlichkeit für die maßgebliche Ortsgestaltung sollte im Rahmen vertretbarer regionaler Raumordnungsprogramme weiterhin der Gemeinde und nicht übergeordneten Dienststellen obliegen.“

Bürgermeister Ing. Dopler dankt Herrn Männer für die Berichterstattung. Er bemerkt, dass er bereits bei der Ausschusssitzung Bedenken gegen den Entwurf vorgebracht hat und sich diese Bedenken bei genauerer Durchsicht des Verordnungsentwurfes verstärkt hätten, die Entwicklungsmöglichkeiten für die Gemeinde scheinen dadurch stark eingeschränkt. Er schließt sich daher den von Obmann Männer vorgebrachten Einwendungen an und berichtet, dass auch andere Gemeinden des Bezirkes ähnliche Bedenken haben.

Herr Pilsner bemerkt, dass Gemeindevertreter im Arbeitskreis „Regionale Raumordnung Eferding“ vertreten sind und ein Ziel dieses Projektes ist, vom sogen. „Kirchturmdenken“ weg zu kommen und für die weitere Entwicklung die Region als Ganzes zu sehen. Es ist wichtig, dass sich auch die Region entsprechend entwickelt, es besteht die Gefahr, dass die Entwicklung dahin gehen kann,

dass große größer und kleine kleiner werden. Die Angelegenheit wurde in der Fraktion diskutiert. Die von Obmann Männer vorgetragene Stellungnahme ist ihm völlig neu, er hätte auch deren Inhalt gern in der Fraktion diskutiert bzw. den Verordnungsentwurf überprüfen lassen. Die SPÖ-Fraktion wird sich daher zum Antrag des Obmannes Männer der Stimme enthalten.

Obmann Männer bemerkt, dass bereits in der Ausschusssitzung Bedenken hinsichtlich des Eingriffes in die Gemeindeautonomie sowie der Beschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde vorgebracht wurden und dass jeder Fraktion eine Kopie des Verordnungsentwurfes mit Erläuterung zugegangen ist. Seiner Ansicht nach bestand ausreichend Gelegenheit, sich mit der Verordnung und den sich daraus ergebenden Konsequenzen auseinander zu setzen.

Herr Gessl äußert, dass er sich den im Stellungnahmeentwurf enthaltenen Bedenken anschließt. Er spricht sich gegen Eingriffe in die Eigenständigkeit der Gemeinde aus.

Bürgermeister Ing. Dopler schlägt vor, die vorbereitete Stellungnahme zu beschließen und damit die Möglichkeit zu schaffen, das Regionale Raumordnungsprogramm nochmals zu diskutieren; vor allem ist bei Beschränkungen hinsichtlich der Widmung von Betriebsflächen auf einen entsprechenden Wertausgleich zu drängen, wie dies bereits im Bezirk Grieskirchen gehandhabt wird. Es muss in offener Frist reagiert werden, weil nach Beschluss des Konzeptes im Landtag Einsprüche nicht mehr möglich sind.

Für den Antrag des Herrn Männer stimmen:

Alfred Männer, Alois Prehofer, Franz Baumgartner, Josef Hummer, Albert Winkler, Werner Hellmayr, Ernestine Finzinger, Franz Winkler, Johann Neuwirth, Hubert Greinöcker, Mag. Gudrun Achleitner-Kastner, Ing. Gerhard Angster, Josef Feischl, Franz Gessl, Manfred Starzinger, Sieglinde Perfahl und Ing. Josef Dopler

Der Stimme enthalten sich:

Erich Pilsner, Josef Scharinger, Anna Binder, Friedrich Schultes, Herbert Hermüller, Sabine Rathmayr und Robert Binder

Damit ist der Antrag mit erforderlicher Stimmenmehrheit angenommen.

5. Auftragsvergabe Kartierung der Baulandrisiken

wurde von der Tagesordnung abgesetzt

6. Rückkauf des Baugrundstückes 92/6 KG St. Marienkirchen an der Polsenz

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt auf Ansuchen von Philipp und Susanne Mayr, das Grundstück 92/6 KG St. Marienkirchen an der Polsenz zum seinerzeitigen Quadratmeterpreis zurück zu kaufen.

Es wird festgelegt, dass das Grundstück nur im ordnungsgemäßen Zustand rückgekauft wird.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

7. Bestellung der Mitglieder des Arbeitskreises Naturpark Scharten – St. Marienkirchen

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass im Juni 2002 eine Informationsveranstaltung zu einem Projekt „Naturpark Scharten - St. Marienkirchen“ stattgefunden hat und damals vereinbart wurde, einen Arbeitskreis zur Realisierung dieses Projektes einzurichten.

Der Herr Bürgermeister beantragt, den Arbeitskreis „Naturpark Scharten – St. Marienkirchen“ wie folgt zusammen zu setzen:

**3 Mitglieder von der Bauernschaft
1 Mitglied vom Obst- und Gartenbauverein und
je 1 Mitglied der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen**

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Er beantragt, die Fraktionsvertreter per Akklamation zu bestellen.
Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

**Die ÖVP-Fraktion schlägt vor, Herrn Franz Baumgartner in den Arbeitskreis zu entsenden.
Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.**

**Die SPÖ-Fraktion schlägt vor, Herrn Erich Pilsner in den Arbeitskreis zu entsenden.
Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.**

Herr Franz Gessl teilt mit, dass seine Fraktion einen Vertreter nachnominieren wird.

8. Bebauungsplan Nr. 7: Änderung

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass der Bebauungsplan Nr. 7 „Kirchschlager“ in folgender Hinsicht abgeändert werden soll: Auf der Baufläche 1 soll die Errichtung einer Garage an der Grundgrenze zu den Bauflächen 2 und 3 bei Einhaltung eines Mindestabstandes von 2,5 m zum öffentl. Gut 1082/2 KG St. Marienkirchen an der Polsenz und einer max. Länge der Garage entlang der Grundgrenze von 10 m ermöglicht werden, da eine Zufahrt zu einer Garage an der Ostseite der Baufläche wie im Bebauungsplan dargestellt de facto nicht möglich ist.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, den Bebauungsplan Nr. 7 „Kirchschlager“ wie folgt zu ändern: Auf der Baufläche 1 soll die Errichtung einer Garage an der Grundgrenze zu den Bauflächen 2 und 3 bei Einhaltung eines Mindestabstandes von 2,5 m zum öffentl. Gut 1082/2 KG St. Marienkirchen an der Polsenz und einer max. Länge der Garage entlang der Grundgrenze von 10 m ermöglicht werden.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

9. Beratung über Baufläche Eisenkeck

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass für die Baufläche Eisenkeck ein Kaufinteressent ein relativ großes Bauwerk mit über 470 m² verbauter Fläche errichten möchte. Nach Prüfung des Erstentwurfes wurde festgestellt, dass das Bauvorhaben so nicht realisiert werden kann, da Bauteile über die Baufläche in das Grünland ragen. In der Stellungnahme des Ortsplaners wird darauf hingewiesen, dass in den übrigen Bebauungsplänen eine maximale bebaute Fläche von 180 m² geregelt ist.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, für die Baufläche Eisenkeck einen Bebauungsplan mit zwei Bauflächen zu erstellen und das Verfahren dazu einzuleiten.

Herr Binder bemängelt, nicht ausreichend informiert zu sein.
Bürgermeister Ing. Dopler erwidert, dass außer dem Entwurf des Bauvorhabens, der ihm als Baubehörde vorgelegt wurde, bis nach der Ausschreibung der Gemeinderatssitzung keine Unterlagen vorlagen. Der erst am Sprechtag vorgelegte Bebauungsplanvorschlag hat lediglich Entwurfcharakter, da der Gemeinderat mit den zuständigen Ausschüssen über den endgültigen Bebauungsplan entscheidet.

Herr Pilsner bemerkt, dass er sich die Realisierung des vorgelegten Planes auch nicht vorstellen kann. Er überlegt, ob nicht eine Erweiterung des Baulandes sinnvoll wäre um darauf Mietwohnungen zu errichten.

Bürgermeister Ing. Dopler bemerkt, dass er eine weitere Baulanderweiterung in diesem Bereich kaum für möglich hält, da die im Zuge der Flächenwidmungsplanüberarbeitung durchgeführte Baulandwidmung nur schwer zu erreichen war. Er verweist auch auf die Einwände der Anrainer.

Für den Antrag des Bürgermeisters stimmen durch Erheben einer Hand:

Alfred Männer, Alois Prehofer, Franz Baumgartner, Josef Hummer, Albert Winkler, Werner Hellmayr, Ernestine Finzinger, Franz Winkler, Johann Neuwirth, Hubert Greinöcker, Mag. Gudrun Achleitner-Kastner, Ing. Gerhard Angster, Josef Feischl, Josef Scharinger, Anna Binder, Friedrich Schultes, Sabine Rathmayr, Robert Binder, Franz Gessl, Manfred Starzinger, Sieglinde Perfahl und Ing. Josef Dopler

Der Stimme enthalten sich:

Erich Pilsner, Herbert Hermüller

Damit ist der Antrag mit erforderlicher Mehrheit angenommen.

10. Ansuchen um Rückverlegung des Römerweges

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass seinerzeit Herr Philipp Mayer den sogenannten Römerweg ohne entsprechendes Verfahren in einem Teilbereich umgelegt hat. Der derzeitige Eigentümer möchte diesen Weg wieder auf die ursprüngliche Trasse rückverlegen.

Herr Pilsner spricht sich für die Erhaltung des öffentlichen Gutes und gegen allfällige Tauschgeschäfte aus.

Der Herr Bürgermeister erwidert, dass Tauschgeschäfte nicht vorgesehen sind.

Herr Gessl spricht sich prinzipiell für die Erhaltung jeden öffentlichen Gutes aus.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, der faktischen Rückverlegung des öffentlichen Gutes Parz.Nr. 796 KG St. Marienkirchen an der Polsenz im Bereich der Grundstücke 710 und 711 KG St. Marienkirchen an der Polsenz an den Waldrand zuzustimmen; das öffentliche Gut muss auch in diesem Bereich befahrbar erhalten bleiben.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

11. Information zu den Seniorenwohnungen

Bürgermeister Ing. Dopler verweist auf die Debatte bei der letzten Gemeinderatssitzung und teilt mit, dass er in dieser Angelegenheit mehrere Telefonate und Gespräche geführt hat. Einen Vorsprachetermin beim LHStv DI Haider habe er nicht bekommen, jedoch hat Herr LHStv. DI Haider im Schreiben vom 28. 8. 2002 mitgeteilt, dass 6 Mietwohnungen als Ergänzungsbau des von der WAG errichteten Wohnhauses für 2003 in das Wohnbauprogramm aufgenommen wurden und das Projekt 2003 realisiert werden kann. Er schlägt vor, dass die Verträge mit der WAG den neuen Gegebenheiten angepasst werden und das Mietwohnhaus entsprechend der Besprechung mit den Wohnungsinteressenten realisiert wird. Dazu ist für die Änderungen eine Baubewilligung erforderlich. Nach Auskunft von Frau Direktor Müller könnte mit Frühjahr 2003 mit dem Bau begonnen werden.

Herr Pilsner teilt mit, dass ihn einen Tag nach der letzten Gemeinderatssitzung ein Schreiben der Sozialabteilung des Amtes der OÖ Landesregierung erreicht habe, in dem die Absage zur Errichtung der Betreubaren Wohnungen ausgesprochen wurde. Er hat mit Herrn LHStv DI Haider ein Gespräch geführt, um aus der Situation noch etwas Sinnvolles zu machen. LHStv DI Haider hat zugesagt, diese 6 Mietwohnungen zu fördern. Es gibt jedoch wieder eine Diskrepanz, da lt. erstem Ansuchen von 6 Wohnungen ausgegangen wurde, nunmehr die WAG um die Förderung

von 7 Wohnungen ansucht, da im vorgesehenen Aufenthaltsraum auch eine kleine Wohnung eingebaut werden soll. Die WAG muss umgehend um Förderung der 7. Wohnung ansuchen.

Bürgermeister Ing. Dopler verweist auf die Besprechung mit WAG, dem Gemeindevorstand und Wohnungsinteressenten, wobei sich diese für die Errichtung einer 7. Wohnung ausgesprochen haben.

Herr Gessl merkt an, dass die Wohnungsinteressenten auf eine Wohnung warten und daher ehestens die Mietwohnungen realisiert werden sollen.

Bürgermeister Ing. Dopler bemerkt, dass es auch sein Ziel ist, ehestens die Mietwohnungen zu errichten. Seiner Ansicht nach ist die Angelegenheit ausreichend diskutiert worden. Er verweist auf die seinerzeitige SHV-Sitzung, in der 50 Betreubare Wohnungen im Bezirk auf Gemeinden aufgeteilt wurden, wobei der Gemeinde St. Marienkirchen 8 zugeteilt wurden. Die Mietwohnungen soll nunmehr ehestens errichtet werden.

Herr Pilsner unterstützt dieses Vorhaben. Er verwehrt sich in dieser Angelegenheit jedoch gegen die Angriffe gegen ihn, seine Fraktion und LHStv DI Haider. Seiner Ansicht nach hat der Bürgermeister in dieser Angelegenheit zu wenig getan. Er verweist darauf, dass ein Treppenlift an Benützungskomfort bei weitem nicht einem Lift entspricht und dass die in Aussicht gestellte Wohnbeihilfe nur bis zu einem bestimmten Einkommen gewährt wird.

Bürgermeister Ing. Dopler erwidert auf den Vorwurf, zu wenig getan zu haben, dass er zwei mal schriftlich und zwei mal telefonisch um einen Vorsprachetermin beim Herrn LHStv Haider ersucht hat und dazu keine Reaktion erfolgte. Dies sei ihm bei noch keinem Mitglieder der Landesregierung – egal welcher Partei - passiert, er weist daher den Vorwurf entschieden zurück.

Frau Rathmayr fragt, ob nun auch für die 7. Wohnung um Förderungsmittel angesucht wird.

Bürgermeister Ing. Dopler wird dies mit der WAG abklären.

Bürgermeister Ing. Dopler schlägt vor, mit der WAG die weitere Vorgangsweise abzuklären und auf ehestmögliche Realisierung der Mietwohnungen zu drängen. Dieser Vorgangsweise wird einhellig zugestimmt, nur Josef Scharinger und Sabine Rathmayr enthalten sich der Stimme.

12. Gemeindezentrum: Informationen

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet über die Sitzung des zuständigen Ausschusses am 10. 9. 2002. Zum Baufortschritt berichtet er, dass in ca. 2 Wochen die Maurerarbeiten am Rohbau abgeschlossen sein werden und in der kommenden Woche mit den Zimmererarbeiten begonnen wird.

Der Herr Bürgermeister beantragt, zur Dachdeckung gebrannte Ziegel rot engobiert zu verwenden.

Der Antrag wird von allen durch Erheben einer Hand angenommen, nur Herr Franz Baumgartner enthält sich der Stimme.

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass auf dem Dach eine ausreichende Einrichtung zur Sicherung vor Schneelawinen anzubringen ist. Ein Schneefangrechen für das gesamte Gebäude außen und im Hof kostet ca. € 10.600,00.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, bei der Fa. Kornhuber eine Schneefangvorrichtung in der Farbe kastanienrot für die Gebäudeaußenseiten und die Hofseiten in Auftrag zu geben.

Der Antrag wird von allen durch Erheben einer Hand angenommen, nur Herr Franz Baumgartner enthält sich der Stimme.

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet über die Wärmebedarfsberechnungen von Ing. Roland Feischl, die eine Spitzenlast von 150 KW ergibt. Er schlägt vor, eine Pelletsheizung einzubauen, bei einem Pelletskessel ist auch das Verheizen von Hackschnitzel möglich.

Herr Pilsner fragt an, wie Pellets bzw. Hackschnitzel in das Lager eingebracht werden sollen.

Der Herr Bürgermeister teilt mit, dass das Heizgut eingeblasen wird und dabei keine Staubbelastung auftritt.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, im Gemeindezentrum eine Pelletsheizung einzubauen.

Der Antrag wird von allen durch Erheben einer Hand angenommen, nur Herr Franz Baumgartner enthält sich der Stimme.

Bürgermeister Ing. Dopler schlägt vor, in den Wintermonaten die Außengestaltung unter Einbindung der Öffentlichkeit zu planen. Für den Bauausschuss sind mehrere Besichtigungen von neuen Büroräumen und Veranstaltungsräumlichkeiten vorgesehen.

Herr Pilsner wünscht, dass dem Gemeinderat eine Besichtigung der Baustelle ermöglicht wird.

Bürgermeister Ing. Dopler bringt vor, dass gegen einen Baustellenbesuch der Gemeinderatsmitglieder nichts einzuwenden ist, wenn dies auf eigene Verantwortung unter Einhaltung der Sicherheitsvorschriften geschieht.

13. Gemeindezentrum: Einbau einer Zangendecke im Veranstaltungssaal – Zusatzauftrag

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass für den Veranstaltungssaal der Einbau einer Zangendecke zweckmäßig ist, da darauf die Installationen der Lüftung aufgelegt werden können.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Fa. Jos. Ertl GmbH mit dem Einbau einer Zangendecke im Veranstaltungssaal lt. dem vorliegenden Zusatzanbot zu beauftragen.

Der Antrag wird von allen durch Erheben einer Hand angenommen, nur Herr Franz Baumgartner enthält sich der Stimme.

14. Auf Antrag der SPÖ-Fraktion

– Betreubares Wohnen für St. Marienkirchen/P

– Mietwohnungen für St. Marienkirchen/P

– Hochwasser in St. Marienkirchen/P. Nachanalyse und Maßnahmen für die Zukunft

– Sanierung der Volksschule

Bürgermeister Ing. Dopler ersucht um Berichterstattung.

Herr Pilsner bringt vor, dass das Projekt „Betreubares Wohnen“ in St. Marienkirchen an der Polsenz nicht vergessen werden soll. Da die Zuweisung von Wohnbauförderungsmittel eine bestimmte Zeit erfordert, soll sich der zuständige Ausschuss rechtzeitig mit dieser Angelegenheit befassen.

Der Herr Bürgermeister teilt die Angelegenheit dem zuständigen Ausschuss zu.

Herr Pilsner bringt vor, dass in St. Marienkirchen an der Polsenz zu wenige Mietwohnungen vorhanden sind. Auch hier gilt, dass rechtzeitig die Angelegenheit geplant wird, da mit der

Zuweisung der Wohnbauförderungsmittel ca. 3 Jahre nach Antragstellung zu rechnen ist. Er ersucht den zuständigen Ausschuss, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen.

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass im März 2002 7 Wohneinheiten an Mieter übergeben wurden; er teilt die Angelegenheit dem zuständigen Ausschuss zu.

Herr Pilsner berichtet, dass auch das Gemeindegebiet von St. Marienkirchen an der Polsenz vom Hochwasser im August betroffen war. Herr Robert Binder hat vom Hochwasser Fotos gemacht und wird einige davon vorführen.

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass zur Vermeidung von Hochwasser auf einen möglichst freien Durchfluss der Bäche zu achten ist. Es wurde festgestellt, dass beim Valtauerbach westlich der Siedlung Schmiedgasse eine Engstelle besteht, durch welche der Valtauerbach bei entsprechenden Wassermengen über die Ufer tritt. Er hat diesbezüglich bereits Gespräche mit dem Gewässerbezirk geführt und es soll die Beseitigung dieser Engstelle mit der Herstellung eines kleinen Schutzwalles zur Siedlung hin bald in Angriff genommen werden.

Herr Binder führt per Beamer Aufnahmen von der Hochwassersituation am 12. August 2002 vor. Er bemerkt, dass durch das Ausschalten der E-Versorgung verschiedene Hilfsmaßnahmen nicht durchgeführt werden konnten. Bürgermeister Ing. Dopler erwidert, dass – sobald der Wasserstand an stromführende Teile heranreicht – die Transformatoren abzuschalten sind, da es ansonsten zu größeren Schäden kommt, die auf längere Zeit Stromausfälle bedeuten.

Herr Binder verweist auf Aufschüttungen im Bereich des BBRZ, durch die er eine Gefährdung der Unterlieger sieht. Bürgermeister Ing. Dopler bemerkt, dass dazu keine Bewilligung seitens der Gemeinde erteilt wurde.

Herr Binder fordert folgende Maßnahmen: Runder Tisch mit der Einsatzorganisation, möglichst natürliche Uferverbauung, um die Fließgeschwindigkeit herabzusetzen, Einhaltung der Uferzonen, keine Verbauung in der Hochwasserzone.

Herr Pilsner ergänzt, dass bei bestehenden Baugebieten Maßnahmen überlegt werden sollen.

Herr Pilsner dankt den Einsatzkräften für den Hochwassereinsatz.

Der Herr Bürgermeister berichtet, dass der Gewässerbezirk derzeit noch im Katastrophengebiet Bezirk Perg tätig ist, jedoch ehestmöglich die Sanierungsarbeiten in St. Marienkirchen an der Polsenz beginnen wird.

Bürgermeister Ing. Dopler dankt nochmals den Einsatzkräften für ihre engagierte Hilfeleistung.

Herr Pilsner berichtet, dass die Gemeinde für die Sanierung der Volksschule rechtzeitig um Mittel einreichen soll.

Bürgermeister Ing. Dopler bringt vor, dass er Gespräche mit der Schulleitung geführt hat und eine Sanierung der Volksschule ansteht. Dazu sind sicherlich erhebliche Geldmittel auch von der Gemeinde aufzubringen. Auf Grund schwindender Geburtenzahlen war die Klassenanzahl in der Volksschule St. Marienkirchen an der Polsenz mit Beginn des neuen Schuljahres von 7 auf 5 Klassen zu reduzieren. Die frei werdenden Räumlichkeiten könnten für eine andere Verwendung adaptiert werden. Die Vornahme der Sanierungsarbeiten wurde bereits mit Herrn LR Dr. Aichinger besprochen. Weiters wurden Überlegungen angestellt wie bzw. ob künftig eine Nachmittagsbetreuung für Kindergarten- und Volksschulkinder angeboten werden kann.

Frau Finzinger teilt mit, dass die Auswirkung des Geburtenrückganges im Kindergarten nicht so spürbar ist, da jetzt die Kinder länger den Kindergarten besuchen; viele besuchen diesen bereits ab dem 3. Lebensjahr.

Herr Pilsner unterstützt den Vorschlag des Herrn Bürgermeisters.

15. Berufung Abgabenbescheid

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, diesen Tagesordnungspunkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln, da es sich um eine Abgabenangelegenheit handelt.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Die Zuhörer verlassen den Sitzungssaal.

Über den Sitzungsverlauf zur Behandlung des Tagesordnungspunktes 15 gibt eine eigene vertrauliche Verhandlungsschrift Auskunft.

16. Allfälliges

a) Behandlung Dringlichkeitsantrag:

Ankauf eines Wartehäuschens für die Bushaltestelle beim Parkplatz Kindergarten/Volksschule

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass die Parkfläche mit Bushaltestelle beim Kindergarten fertiggestellt ist und für die wartenden Schüler ein Wartehäuschen errichtet werden soll.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, beim Parkplatz Kindergarten ein Wartehäuschen errichten zu lassen.

Herr Schultes erklärt, der Gemeinde dazu ein Anbot einer Firma, die für die Fa. SAB Wartehäuschen errichtet, zukommen zu lassen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

b) Behandlung Dringlichkeitsantrag:

Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 „Kaltenböck“

Herr Josef Hummer rückt wegen Befangenheit vom Verhandlungstisch ab.

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass die an das Bauland des Bebauungsplanes Nr. 26 anschließende Siedlung fast durchwegs dunkelgraue Dächer aufweist, es sollen daher auch dunkelgraue Dächer errichtet werden können. Es erscheint weiters zweckmäßig, eine Garagensituierung auch an der Ostseite zu ermöglichen. Auch die Gebäudehöhe ist im vorliegenden Bebauungsplan unbefriedigend geregelt. Eine entsprechende Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 ist daher anzustreben.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 „Kaltenböck“ einzuleiten.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Herr Hummer rückt wieder an den Verhandlungstisch.

c) Bürgermeister Ing. Dopler teilt mit, dass Herr Josef Scharinger seine Funktion als Fraktionsobmann der SPÖ zurückgelegt hat und von der SPÖ-Fraktion Herr Robert Binder als Fraktionsobmann und Frau Sabine Rathmayr als dessen Stellvertreterin nominiert wurden.

d) Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass bei der Lengauer Gemeindestraße BA 2 das Baulos für 2002 abgeschlossen ist und dass die Schmiedgasse sowie der Parkplatz beim Kindergarten staubfrei ausgebaut sind. Wenn es das Wetter zulässt, soll 2002 noch ein Teil der Siedlungsstraße Gaisböck/Holzmann in Schotter ausgebaut werden. Für 2003 ist die Staubfreimachung der Siedlungsstraße Pöll, Holzmüller und Marienfeld sowie die Fertigstellung der Lengauer Gemeindestraße BA 2 vorgesehen.

e) Bürgermeister Ing. Dopler bringt vor, dass der vom Hochwasser zerstörte Steg in Marienfeld schwierig zu bergen war, es soll in nächster Zeit wieder ein neuer Übergang errichtet werden.

f) Der Kanalbau BA 10 ist bis zur Polsenzbrücke in Polsenz hergestellt. Zum Bau der Wasserversorgungsanlage BA 3 müssen noch Gespräche wegen der mangelnden Ergiebigkeit des Brunnens geführt werden.

g) Bürgermeister Ing. Dopler bedauert, dass es bei der „Gesundheitsstraße“ und der Exkursion in den Naturpark Rechberg zu einer Terminüberschneidung gekommen ist.

h) Herr Schultes teilt mit, dass er die Genehmigung erreicht hat, dass ab kommender Woche ein weiterer Schulbus nach Prambachkirchen verkehrt und damit die Probleme mit überfüllten Schulbussen vermindert werden.

Bürgermeister Ing. Dopler und Frau Finzinger, die sich schon lange für einen weiteren Schulbus engagiert, danken ihm für diesen Erfolg.

i) Herr Pilsner berichtet von der Präsentation des Konzeptes „Öffentlicher Verkehr im Bezirk Eferding“ und hofft, dass dieses Konzept auch im Gemeinderat präsentiert wird. Er dankt für den Einsatz um dieses Konzept.

j) Herr Pilsner bringt vor, dass ihm vorgetragen wurde, dass ein Schüler einen offenbar unzumutbar gefährlichen Weg zur Bushaltesstelle zurückzulegen hat, worüber auch schon Medien berichtet haben. Weiters bringt er vor, dass bei ihm Gemeindebürger über einen Nachbarn wegen der großen Unordnung um dessen Haus vorgesprochen haben. Er fragt weiters an, wie weit die Angelegenheit Weißenböck ist. Abschließend stellt er fest, dass der Termin für die Gesundheitsstraße schon lange fixiert ist.

Bürgermeister Ing. Dopler merkt zum Konzept „Öffentlicher Verkehr im Bezirk Eferding“ an, dass dessen Realisierung in 2 Phasen erfolgt: Die Erstellung und die Feinabstimmung mit der genauen Taktung und die Finanzierung. Nach Klärung dieser Punkte kommt das Konzept zur Beschlussfassung in den Gemeinderat.

Zum unzumutbar gefährlichen Schulweg bemerkt der Herr Bürgermeister, dass eine Verlegung der Bushaltestelle nicht möglich ist. Es handelt sich beim Schüler um einen Hauptschüler, die Wegstrecke bis zur Haltestelle ist ca. 200 m entlang der Daxberg Straße. Vom Gesetz ist ein Weg von 2 km bis zur Haltestelle zumutbar. Wenn der Weg bis zur nächstgelegenen Haltestelle zu gefährlich erscheint, ist auch die ca. 1.200 m entfernte Haltestelle Wieshof zumutbar und per Rad leicht erreichbar. Herr Gessl bemerkt, dass der Bus nicht überall stehen bleiben kann. Allgemein besteht die Ansicht, dass einem Hauptschüler ein Schulweg entlang einer Landesstraße zugemutet werden kann.

Der Herr Bürgermeister berichtet zur großen Unordnung bei einer Liegenschaft, dass die Behörde bereits mehrmals tätig geworden ist und neuerlich ein Verfahren zur Abstellung der Sicherheitsmängel etc. läuft. Zum Fall Weißenböck teilt er mit, dass das Verfahren zur Vollstreckung von der Bezirkshauptmannschaft Eferding durchgeführt wird.

Zur Tagesordnung wird nichts mehr vorgebracht.

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 27. Juni 2002 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende um 22.40 Uhr die Sitzung.